

## Moratorium zu Förderschulen ist teuer

### Reine Symbolpolitik der neuen Landesregierung

Die GEW NRW kritisiert die von der Landesregierung in Angriff genommene Rettungsaktion der auslaufenden Förderschulen und hält sie für „reine Symbolpolitik“. Womöglich führt das Moratorium – so die Befürchtung der Bildungsgewerkschaft – zu einer Verschärfung der Situation an den Schulen, in denen behinderte und nicht behinderte Kinder gemeinsam lernen, ohne dass die qualitativ hochwertige Arbeit an den Förderschulen gesichert wird. CDU und FDP haben im Landtag einen Antrag gestellt und wollen „Förderschulen vor der Schließung retten“.

„Wir sind sehr besorgt. Im Antrag von CDU und FDP steht kein Wort zur Personalausstattung. Wir befürchten wegen des Mangels an ausgebildeten Sonderpädagogen, dass Pädagogen aus den Regelschulen in die Förderschulen geschickt werden sollen, um diese zu retten. Das wäre eine Katastrophe“, sagte GEW-Landesvorsitzende Dorothea Schäfer der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) in der Ausgabe vom 7. Juli 2017.

In ihrem Antrag fordern CDU und FDP die Landesregierung auf, die Verordnung über die Mindestgrößen der Förderschulen auszusetzen, um die Schulen vor dem Auslaufen zu bewahren. Außerdem wird vorgeschlagen, Teilstandorte zu errichten. Dorothea Schäfer teilte der WAZ mit: „Das mit den Teilstandorten ist überhaupt nicht neu. Die gibt es schon längst.“ Seit 2014 werde laut Dorothea Schäfer mit Teilstandorten agiert, derzeit verfügten 21 Prozent aller Förderschulen über Teilstandorte.

Die Landesvorsitzende der GEW NRW kritisierte in der WAZ, dass die Landesregierung mit dem Moratorium den Kommunen den Schwarzen Peter zuschiebe. Wörtlich sagte sie: „Die müssen doch über Erhalt und Schließung der Schulen entscheiden.“ Vielerorts seien die Gebäude der Schulen, die in Kürze geschlossen werden sollen, schon für eine andere Nutzung vorgesehen.

Die aktuelle Lage: Rund 35 von der Schließung bedrohte Förderschulen sollen erhalten bleiben, für 13 von ihnen soll der Betrieb jetzt zu Beginn der Sommerferien enden. Das kostet Personal. Die GEW NRW hatte einen kurzfristigen Bedarf von 500 Stellen für Förderschullehrkräfte errechnet, um alle kleinen Schulsysteme am Leben zu halten.

Die Position der Bildungsgewerkschaft fasst die GEW-Landesvorsitzende folgendermaßen zusammen: „Zur Inklusion gibt es keine Alternative. Das Recht auf gemeinsames Lernen ist Menschenrecht und nicht verhandelbar. Die Realität zeigt aber, dass wir noch länger ein Doppelsystem aus Förderschulen und Schulen des gemeinsamen Lernens vorhalten müssen. Das kostet viel Geld. Das vorschneit von CDU und FDP angekündigte Moratorium zur Schließung aller auslaufenden Förderschulen ist Augenwischerei und löst das Systemdilemma nicht. Sehr kleine Förderschulen binden verhältnismäßig viel Personal, das dann anderswo fehlt. In NRW fehlen derzeit mindestens 7.000 Sonderpädagog\*innen.“

**Berthold Paschert** | Pressesprecher

berthold.paschert@gew-nrw.de | +49 1707319970

Essen, 07. Juli 2017  
[www.gew-nrw.de/presse](http://www.gew-nrw.de/presse)